



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Bonhak, Conrad : Österreich und Polen

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Österreich und Polen

Von Professor Dr. Conrad Bornhak

Da die polnische Frage ihrer Lösung entgegensteht, treten die „Grenzboten“ in eine eingehende Erörterung der Sachlage durch eine Reihe bewährter Autoren ein. Die Schriftlg.



ie die Welt sich zwischen zwei Polen bewegt, so dreht sich der Weltkrieg anscheinend nur um Polen. Wenigstens nach polnischer Auffassung war es der einzige Zweck des Sieges des einen oder des anderen Teiles, Polen zu befreien und die polnischen Wünsche zu befriedigen. Am liebsten hätten die Polen wohl das Geschenk des neuen Polenstaates von russischer Seite entgegengenommen. Dann waren alle drei Teilgebiete zunächst einmal wieder vereinigt, wenn auch vorläufig unter dem Jaren als König von Polen, diese Verbindung konnte man dann später einmal bei passender Gelegenheit wieder abschütteln. Da das Geschick des Krieges es nun anders mit sich brachte, mußte man sich damit abzufinden suchen.

Daß das wie eine Zunge zwischen Deutschland und Österreich vorspringende russische Weichselgebiet nicht russisch bleiben konnte, war eine einfache Forderung der militärischen Sicherheit der Mittelmächte. Damit erhob sich die polnische Frage.

Die im deutschen Interesse beste Lösung wäre es wohl gewesen, wenn man endgültig das Generalgouvernement Warschau mit dem Deutschen Reiche, das Generalgouvernement Dublin mit Österreich vereinigt hätte. Österreich konnte dann seinen Anteil mit Galizien verbinden, Deutschland den seinen als Militärgrenze mit weitgehender Selbstverwaltung seiner Bewohner, aber ohne Einbeziehung in das Bundesgebiet und ohne Reichstagswahlrecht regieren. Dieser Weg bleibt den Schutzmächten immer noch offen, wenn es mit der neuen polnischen Wirtschaft durchaus nicht gehen will.

Statt dessen schlug man mit der Erklärung Polens zum eigenen Königreiche im November 1916 einen anderen Weg ein, ohne der öffentlichen Meinung vorher, wie es verheißten war, Gelegenheit zur Äußerung zu geben. Im Interesse der Polen wurde daher ein Ergebnis des Krieges vorweg genommen, ein wichtiges Faustpfand vorzeitig aus der Hand gegeben. Wie verfehlt die Maßregel an sich

erscheinen mag, so darf man doch darüber nicht schlecht hin aburteilen, da man die inneren Gründe nicht kennt. Einer dieser Gründe war wohl die Hoffnung, auf diese Weise noch während des Krieges die Bewohner des besetzten polnischen Gebietes zum Kampfe gegen Rußland mit heranzuziehen, weshalb auch gleich in der Erklärung der beiden Kaiser auf die Errichtung eines eigenen polnischen Heeres besonderes Gewicht gelegt wurde. Wenn unter diesen Gesichtspunkten selbst leitende militärische Kreise sich mit der Errichtung des polnischen Königreiches einverstanden erklärten, so sah man sich bald gründlich enttäuscht. Über die Tragikomödie des polnischen Heeres ist kein Wort zu verlieren. Dann darf man nicht vergessen, daß wir uns im Osten in einem Koalitionskriege befanden und mit dem österreichischen Verbündeten rechnen mußten. Schon war von österreichischer wie von polnischer Seite die Forderung einer Angliederung des Weichselgebietes an Österreich aufgetaucht, um dann Russisch-Polen und Galizien miteinander zu verbinden und in ein ähnliches Verhältnis zum Gesamtstaate zu setzen wie Ungarn. Waren tatsächlich solche Pläne ernstlich im Gange, dann war allerdings die Errichtung eines selbständigen Königreiches Polen als eines Schutzstaates beider Kaisermächte das kleinere Übel. In der gleichzeitigen Erklärung des Kaisers von Österreich über die künftige selbständige Stellung Galiziens lag ausgesprochen, daß auf eine Verbindung Polens mit Österreich verzichtet werde.

Nunmehr taucht doch wieder die Nachricht auf, daß der Kaiser von Österreich König von Polen werden und mit diesem Galizien verbinden solle, wobei sogar ungeheuerlicherweise die litauischen Gouvernements Suwalki und Grodno, die jetzt zum deutschen Generalgouvernement Oberost gehören, polnischer Fremdherrschaft unterworfen werden sollen. Diese würde sich in gleicher Weise über das ruthenische Ost-Galizien ausdehnen. Deutschland sollte dann den Rest von Litauen und Kurland erhalten. Österreich, das bisher — wenigstens nach der russischen Seite — auf jeden Gebietserwerb verzichten zu wollen erklärt hat, machte damit einen gewaltigen Gebietserwerb nach Nordosten, während Deutschland, das in dem Kriege gegen Rußland das meiste geleistet, eine kleine Abfindung erhielt. Doch das wäre nicht entscheidend, wenn es nur den Interessen der beiden Kaisermächte entspräche und nicht mit einer solchen Lösung wieder ausschließlich polnische Belange wahrgenommen würden. Die Nachricht von der bereits erfolgten Lösung in diesem Sinne ist zwar amtlich in Abrede gestellt worden, aber doch in einer Weise, daß an dem vorhandenen Streben in dieser Richtung nicht zu zweifeln ist. Aber da noch nichts geschehen sein soll, kann man wenigstens noch nicht von einem „zu spät“ reden.

Die erste offensichtliche Folge einer Angliederung Polens an Österreich wäre zunächst, daß jeder Einfluß der einen Schutzmacht, die Polen geschaffen, nämlich des Deutschen Reiches, auf die polnischen Geschicke ausgeschaltet würde. Denn ein Schutzstaat unterliegt selbstverständlich der politischen und militärischen Einwirkung der Schutzmächte, die ihn aus den von ihnen militärisch eroberten Gebieten geschaffen haben. Die Schutzmächte hätten selbst das Maß der von ihnen für notwendig erachteten Einwirkung, wie militärische Besetzung einzelner Festungen, diplomatische Vertretung nach außen zu bestimmen. Eine solche Einwirkung des Deutschen Reiches auf das Gebiet des verbündeten und gleichberechtigten österreichischen Kaiserstaates wäre ausgeschlossen. Nun hat aber der Krieg unzwei-

deutig gezeigt, daß zum Schutze der östlichen Provinzen Preußens die Karaw- und Weichselfestungen unentbehrlich sind. Dieser Schutz würde künftig Oesterreich überlassen.

Und nun verfolge man auf der Karte, welche ungeheuerliche Gestalt der jetzt im wesentlichen geschlossene österreichische Kaiserstaat, der durch die Angliederung südslawischen und friaulischen Gebietes an Geschlossenheit noch gewinnen würde, durch die Verbindung mit dem polnischen Weichselgebiete erhalten müßte. Von Lyck an, oder, wenn gar die Nachricht des Anschlusses der Gouvernements Suwalki und Grodno an Polen sich bewahrheiten sollte, von der Gegend von Tilsit ab bis zum Bodensee bei Lindau würde dann das Deutsche Reich im Süden und Osten von österreichischen Besitzungen gedeckt. Schlesien und ein Teil von Posen, ganz oder teilweise von Polen bewohnte Gebiete, ragten wie eine Zunge trennend zwischen die österreichischen Besitzungen hinein. An sich sehr schön, wenn Oesterreich unseren Schutz nach Osten übernimmt. Aber besser schützt man sich doch selbst, zumal wenn man nicht weiß, ob der Freund diesen Schutz auch leisten kann. Andererseits würden Nord-Litauen und Kurland rein äußerlich als Schutzgebiete an die Nordgrenze von Ostpreußen angeklebt, womöglich noch unter Abschneidung der breiteren Verbindung, welche die Gouvernements Suwalki und Grodno noch gewähren könnten. Die lange Zunge, die das Deutsche Reich jetzt mit Ostpreußen nach Osten ausstreckt, würde noch weiter nach Nordosten verlängert. Schon die Lage von Ostpreußen hat sich in diesem Kriege verhängnisvoll und des weiteren Schutzes bedürftig erwiesen. Statt diesen Schutz durch Abrundung zu gewinnen, wird die Zunge noch verlängert. Damit soll etwa nichts gegen die Reannexion der Ostseeprovinzen an das Deutsche Reich bemerkt werden, aber sie bedürfen der militärischen Beherrschung Polens als Rückhalt.

Auf gute Art Galizien aus dem Verbande der im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder los zu werden, ist ein alter Wunsch der österreichischen Deutschen. Der Ehrgeiz des Herrscherhauses, das Erbe der Jagellonen im Osten zu übernehmen, begegnet sich hier mit Gesichtspunkten der inneren Nationalitätenpolitik. Hat man die Vertreter Galiziens, womöglich auch Dalmatiens aus dem österreichischen Reichsrate ausgeschieden, so ist trotz Tschechen, Slowenen und Italienern wieder die Möglichkeit einer deutschen Mehrheit im Reichsrate geschaffen. Denn die im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder würden dann im wesentlichen nur noch dasjenige Gebiet umfassen, das einst im alten deutschen Bunde vertreten war. Deshalb begrüßte man schon die selbständige Stellung Galiziens in deutsch-österreichischen Kreisen mit Freuden. Allein ein Vermutstropfen fiel in den Freudenfeld: die finanzielle Auseinandersetzung. Galizien war immer der Blutsauger Zisleithaniens, und allzu billig wäre man es nicht los geworden. Seine Verbindung mit Polen löste die Frage glatt und einfach. Die Deutsch-Oesterreicher würden Herren im eigenen Hause und brauchten den bisherigen Mitinsassen nicht besonders auszukaufen. Vom Standpunkte der inneren österreichischen Politik wird damit in der Übertragung der polnischen Krone auf das österreichische Kaiserhaus ein dringender Wunsch der Deutsch-Oesterreicher erfüllt.

Auch vom Standpunkte der ungarischen Selbstständigkeitsbestrebungen scheint die Angliederung Polens auf den ersten Blick nicht ungünstig. Auf Grund freier Königswahl soll sich der österreichische Kaiser die Krone der Jagellonen aufs Haupt

sehen. Der Anschluß Polens an die Donaumonarchie würde also von Anfang an viel looerer sein als etwa der Ungarns. Nur die Loslösung Galiziens stände fest. Ein selbständiges polnisches Heer mit eigener polnischer Kommandosprache ist in den Anfängen schon jetzt vorhanden. Das könnte man nicht wieder beseitigen. Und das alles müßte auf Ungarn zurückwirken. Es wäre Wasser auf die Mühle derjenigen, die Ungarn in das Verhältnis reiner Personalunion zu Oesterreich sehen wollen. Ein eigenes ungarisches Heer mit ungarischer Kommandosprache wäre dann nicht länger abzulehnen. Den Ungarn fielen von selbst in den Schoß, was sie so lange erstrebt.

Damit träten an die Stelle der immer noch durch starke einheitliche Bande umschlungenen Doppelmonarchie drei ziemlich selbständige Staaten mit eigenen Heeren.

Aber sowohl auf deutsch-österreichischer wie auf ungarischer Seite hätte kurzfristige Interessenpolitik äußere augenblickliche Vorteile errungen auf Kosten dauernder schwerer Nachteile.

Die anderen Nationalitäten können doch nicht die glänzenden Erfolge der Polen erblicken, ohne für sich gleiches zu erstreben. Schon haben sich auf rumänischer Seite Stimmen erhoben, die die bisherige verfehlte Politik Rumäniens verdammen und das Heil Rumäniens nicht nur im engsten Anschlusse an die Mittelmächte, sondern geradezu in der Übertragung der rumänischen Krone auf den Kaiser von Oesterreich sehen. Damit wäre auf umgekehrtem Wege das erreicht, was Rumänien durch den Krieg erstrebte: die Vereinigung der Rumänen des Königreichs und derjenigen Oesterreich-Ungarns nach den Forderungen des Nationalitätsprinzips unter einem staatlichen Szepter. Daß damit an dieser Ecke der ungarische Staatsverband gesprengt würde, ist selbstverständlich. Übrigens hat noch niemand die Frage beantwortet, was bei der Verbindung Galiziens mit Polen aus der Bukowina werden soll. Daß der nicht von Bulgarien beanspruchte Teil Serbiens, vielleicht auch Montenegro und Nord-Albanien mit dem österreichischen Kaiserstaate vereinigt werden, stand schon früher ziemlich fest.<sup>\*)</sup> Damit droht aber die südslawische Frage. Der serbo-kroatische Stamm erhebt, indem er beansprucht auch die Slowenen sich anzugliedern, dieselben Forderungen wie die Polen. Das richtet sich in gleicher Weise gegen die Deutsch-Oesterreicher wie gegen die Ungarn. Und selbstverständlich haben auch schon die Tschechen ihre Ansprüche angemeldet. Für das böhmische Staatsrecht der Wenzelskrone verlangen sie gleiches Recht mit den Polen, die ungarischen Slowaken müssen natürlich in den Tschechenstaat hinein. Auch hier werden Deutsch-Oesterreicher und Ungarn in gleicher Weise bedroht.

Die Herrschaft der Dynastie soll allerdings weit über alle Grenzen des bisherigen Oesterreich ausgedehnt werden. Aber gleichzeitig verliert die Doppelmonarchie an innerem Zusammenhange, und die Nationalitäten treiben das Staatswesen nach entgegengesetzten Richtungen auseinander.

Während aber sonst alle Nationalitäten mit Ausnahme der italienischen auf Kosten des Staates gewinnen oder gewinnen wollen, kommt eine einzige ins

<sup>\*)</sup> Vgl. meinen Aufsatz „Oesterreichische Kriegsziele“ in Nr. 22 der „Grenzboten“ von 1917.

Hintertreffen und soll sogar nationaler Fremdherrschaft unterworfen werden, die ruthenische. Die Ruthenen befanden sich bisher in Galizien gegenüber den Polen in einer ähnlichen Lage wie die Flamen gegenüber den Wallonen. Sie waren von der Minderheit national vergewaltigt, aber sie rangen doch um Gleichberechtigung und konnten auf solche hoffen. Jetzt sollen sie durch die Vereinigung Galiziens mit Polen dem neuen Polenstaate unterworfen werden. Die Polen verheißten ihnen zwar alle mögliche „Freiheiten“, aber man weiß aus der polnischen Geschichte und aus dem Vorgange Ungarns, was von solchen nationalen Freiheiten zu halten ist. Das alte Polen ist, abgesehen von seinem verrotteten Adelsregimente, hauptsächlich am Gegensatze der Nationalitäten und Bekenntnisse, die durch den herrschenden römisch-katholischen Polenadel unterdrückt wurden, zugrunde gegangen. Jetzt will man Polen nicht nur nach der litauischen, sondern auch nach der ruthenischen Seite wieder zum Nationalitätenstaate machen und der Großmannsucht der Polen diejenigen Nationalitäten preisgeben, die nach polnischer Ansicht nach Polen „gravitieren“, d. h. sich gegen die ihnen geschichtlich bekannte polnische Herrschaft mit Händen und Füßen sträuben. Der Plan einer Vereinigung des national paritätischen Galiziens mit Polen hat denn auch bei den ruthenischen Abgeordneten den heftigsten Widerspruch und die äußerste Entrüstung hervorgerufen. Die Ruthenen erklären, keine Freiheiten von Polen haben zu wollen, sondern ihr Recht von Oesterreich.

Diese Entwicklung ist um so bedenklicher, als sich vielleicht jenseits der österreichischen Grenzen ein neuer ukrainischer Staat in der Entwicklung befindet. Die Entstehung einer selbständigen Ukraina wäre eines der günstigsten Ergebnisse, das die Mittelmächte vom Kriege hoffen könnten. Die russische Gefahr wäre damit endgültig beseitigt. Eine selbständige Ukraina wäre nicht mehr gegen Südosten gerichtet, sondern gegen ihre natürlichen Feinde, Moskau und Polen. Sie hielte künftig die russische Gefahr von Europa ab und ließe die polnischen Bäume nicht in den Himmel wachsen. Die Ukraina würde damit ein ebenso natürlicher Verbündeter der Mittelmächte wie Bulgarien und die Türkei. Diese Entwicklung soll künstlich unterbunden werden. Indem Oesterreich Polen in sich aufnimmt, übernimmt es auch die Erbfeindschaft der Ukrainer gegen Polen und schafft sich statt Rußlands unnötigerweise einen neuen Gegner. Das Deutsche Reich als Verbündeter Oesterreichs ist aber Mitleidtragender, obgleich es mit der Ukraina nicht die geringsten Reibungsflächen hat und in ihr den willkommensten Bundesgenossen sehen müßte.

Und werden denn wenigstens die Polen nach der Verbindung mit Galizien das Erreichte als endgültigen Abschluß betrachten und sich für befriedigt erklären? Nur unbekehrbarer Optimismus wird das annehmen. Sie erstreben selbstverständlich die Aufnahme der Millionen polnischer Volksgenossen, die noch innerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches wohnen, damit Beseitigung der schlesisch-polnischen Zunge, die von Deutschland in das österreichisch-ungarisch-polnische Reich hineinragen würde und freien Zugang zum Meere. Sollie doch Deutschland in dem Vertrage mit Oesterreich den Polen bereits freien Zugang nach Danzig zugestanden haben, also eine Staatservitut über deutsches und preußisches Gebiet, welche die Russen nie gehabt haben. Aber die Polen wollen mehr, das Gebiet selbst, das einst polnisch war.

Nun könnte man freilich meinen, die Gefahr des künftigen Polenstaates werde für Deutschland dadurch vermindert, daß die Leitung der polnischen Geschichte dem verbündeten österreichischen Staate anvertraut werde. Es ist freilich nicht zu befürchten, daß künftig das deutsch-österreichische Bündnis sich lösen werde. Aber schließlich sind auch Bündnisse nicht ewig, sondern dauern nur so lange, als die verbündeten Staaten durch wechselseitige Interessen verbunden werden. Die Wahrung der eigenen Interessen nimmt aber jeder Staat am besten selbst in die Hand und überläßt sie nicht einmal dem engsten Verbündeten. Und überdies ist Oesterreich keine absolute Monarchie mehr, und seine Regierung kann nicht einmal immer, was sie möchte. Deutschland und Preußen müßten ihre Polenpolitik mit Rücksicht auf die inneren Bedürfnisse der verbündeten österreichischen Monarchie einrichten, und die Gegenleistungen könnte man abwarten.

Und schließlich würden die Polen, wenn sie auch auf eine eigene auswärtige Politik verzichten müßten, doch ihren Einfluß auf diejenige der österreichischen Monarchie ausüben. Dieser Einfluß bedeutet geradezu einen Keil in das deutsch-österreichische Bündnis, zumal wenn man bedenkt, daß nicht die Polen allein in dieser Richtung tätig sein, sondern bei Tschechen und Südslawen Unterstützung finden würden. Oesterreich würde seinem natürlichen Bundesgenossen entfremdet und in Gegensatz zum Deutschen Reiche und zur künftigen Ukraina gedrängt. Dann könnten wir erst sagen: „Feinde ringsum“, und die Einkreisung wäre fertig.

Es soll dabei ganz abgesehen werden von der Ungeheuerlichkeit der österreichischen Staatsbildung, die in dem Zusammenraffen der verschiedensten Gebiete und Völker an das Reich Karls des Fünften erinnern würde. Wie ein solches Reich mit gemeinsamen Einrichtungen auf dem Boden des Konstitutionalismus umspannt werden sollte, darüber brauchen wir uns den Kopf der Oesterreicher nicht zu zerbrechen.

Die Verbindung Polens mit Oesterreich wäre ein Ergebnis, wie es Deutschland nach der schwersten Niederlage nicht auf sich nehmen könnte. Es kann nimmermehr des Sieges Preis sein.

